SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Öffentlicher Raum und die Idee von der emanzipativen Stadt

Reimer, Romy

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Reimer, R. (2006). *Öffentlicher Raum und die Idee von der emanzipativen Stadt.* (ExMA-Papers, 8). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-193467

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMA-Papers

Exemplarische Master-Arbeiten

ROMY REIMER

ÖFFENTLICHER RAUM UND DIE IDEE VON DER EMANZIPATIVEN STADT

2. Lernwerkstattarbeit aus dem 2. Lehrgang, 2006
im Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien

ISSN 1868-5005/08

Redaktion:
ZÖSS
Department Wirtschaft und Politik
Universität Hamburg
Von-Melle-Park 9
D – 20146 Hamburg
Im Internet: www.wiso.uni-hamburg.de/zoess

Inhalt

1. Einleitung 3

1.1 Problemstellung 3

1.2 Aufbau und Zielsetzung der Arbeit 7

2. Leben in Freiheit – der Ursprung von Politik 9

3. Der Siegeszug des Gesellschaftlichen und seine Folgen 12

4. Pluralität im „politischen Feld“ und ihre Bedeutung für die Demokratie 15

5. Die Stadt der Gegenwart – demokratische Lebenspraxis? 19

6. Die Macht des politischen Handelns: „Wünsche verlassen die Wohnungen“ . 23

7. Fazit 27

1. Einleitung

1.1 Problemstellung

Ob als Gewinner- oder Verliererstadt, als Global- oder Megacity, das Thema Stadt ist in die gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskurse zurückgekehrt. Dabei scheint, trotz vielfältiger und differenzierter Betrachtung des Gegenstandes, in einem Punkt Einigkeit zu bestehen: Die Stadt erlebt gegenwärtig eine„Renaissance“.[1] Verlässt man die Ebene des „ersten Eindrucks“ und nähert sich analytisch den wissenschaftlichen und politischen Diskursen zur „Renaissance der Stadt“, so wird schnell klar, dass hinter dieser Formel ganz verschiedene politisch-theoretische Annahmen und Konzeptionen stecken.

Eine gegenwärtig in Fachwelt und Politik dominierende Annahme betrachtet Städte im Kontext des globalen Wettbewerbs um Kapital und Macht als Standortfaktoren.[2] Auf den Plan gerufen ist damit in der Regel gleichzeitig eine Debatte um „öffentlichen Raum“, der in politischen Konzepten der Fachöffentlichkeit als zentraler Faktor für die Lebensqualität und Attraktivität einer Stadt definiert wird.[3] Anders als im wissenschaftlichen Diskurs, in dem durchaus – wenn auch keineswegs überall[4] – die politische Dimension von „öffentlichem Raum“ Berücksichtigung findet, wird der Begriff des „öffentlichen Raumes“ im herrschenden politischen Diskurs synonym zu öffentlichen Freiräumen wie Plätze, Parks und Straßen sowie – neuerdings auch – halböffentlichen Räumen wie „Malls“ und Passagen verwendet.[5] Sein bürgerlich-emanzipativer

---

1 Zur theoretischen Herleitung des Begriffes „Renaissance der Stadt“ vgl. bspw. Ahlers 2005.

2 Dieser Wettbewerb produziert zwangsläufig Verlierer und verschärft territoriale Ungleichheiten. Vgl. Göschel 2004, S. 239 ff. Damit eröffnet sich jedoch in den betreffenden Städten/Regionen auch Raum für lokalökonomische Alternativen. Zum Konzept lokaler Ökonomie vgl. Hillen 2006.

3 Vgl. etwa die Publikation des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 2003b, Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum, aus dem BBR-Forschungsprogramm ‚Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)', Forschungsfeld: Öffentlicher Raum. Die Kurzfassung (2002) kann unter http://www.bbr.bund.de/cln_005/nn_21888/DE/Forschungsprogramme/ExperimentellerWohnungsStaedtebau/Forschungsfelder/OeffentlicherRaum/DL_WPKurzfassung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/DL_WPKurzfassung.pdf [Stand: 08.02.2007] heruntergeladen werden.

4 Zu dem Schluss, dass in Literatur und Praxis eine uneinheitliche und interessengeleitete Verwendung des Begriffes existiert, kam jüngst das ExWoSt-Forschungsprojekt „Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum“. Vgl. Kuklinski 2003, S. 40.

5 Vgl. BBR ExWoSt, Kurzfassung 2002, Download siehe FN 3

Charakter – das Elixier des stolzen Stadtbürgers von einst – bleibt damit gänzlich außen vor.

In welchem Zusammenhang die vorherrschende Konzeption des entpolitisierten Begriffs von „öffentlichem Raum“ mit der gegenwärtigen hierarchisierten politischen Entscheidungskultur steht, wird in der vorliegenden Arbeit zu untersuchen sein. Hierfür bietet es sich an, die gegenwärtige Entwicklung und Planung städtischen Lebensraumes, genauer öffentlicher Plätze/Orte, ins Zentrum der Analyse zu stellen, um zu einer Kritik an der herrschenden Definition des Begriffs des öffentlichen Raumes zu gelangen.

Der Entwicklungsrahmen Hamburgs wird im Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“, im Sinne der eingangs erwähnten Idee des globalen Standortwettbewerbs, konzeptioniert. Dem Strategiepapier zufolge soll Hamburg attraktiver für Top-Unternehmen, einkommensstarke Gruppen und Tourismus werden. Zur Stärkung des Standortes sind Imageprojekte und wachstumsfördernde Maßnahmen vorgesehen.[6] Augenfällig ist, dass das Konzept der „Wachsenden Stadt“ – obgleich aus der Feder von Unternehmensberatern stammend und bereits in seiner Entstehungsphase jedweder Form von öffentlicher demokratischer Teilhabe entbehrend – nicht ohne die Formel der Bürgerbeteiligung auskommt. Darüber, was in diesem Falle unter Bürgerbeteiligung zu verstehen ist, gibt das „Kommunikations- und Beteiligungskonzept“ Auskunft, mit dessen Entwicklung eine PR-Agentur sowie ein Beratungsunternehmen betraut waren.[7]

Ein solches strategisches Bemühen um das Wohlwollen der Bürgers verwundert wenig, wenn man sich der theoretischen Annahmen Max Webers erinnert, dass jegliche Herrschaft der gesellschaftlichen Anerkennung bedarf. Gerade in Zeiten schwindender Staatseinnahmen, in denen kommunale Regierungen öffentliche Gelder entweder streichen oder – dem neoliberalen Deregulierungsparadigma entsprechend – zu Lasten

---

[6] Vgl. hierzu FHH 2002 und 2003, Leitbild: ‚Metropole Hamburg – Wachsende Stadt’. Zur kritischen Prüfung der wirtschaftspolitischen Strategien/Zielsetzungen des Hamburger Senats vgl. etwa Krause 2006. Er analysiert die regionalpolitischen Handlungsmöglichkeiten Hamburgs in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Analyse der Wohnungsbaupolitik des Hamburger Senats, einschließlich der Planungspraxis, am Bsp. der Beplanung innerstädtischer Brachen bzw. Konversionsflächen findet sich bei Dettmann 2006.

[7] Vgl. ebd., S. 21 ff.

öffentlicher Infrastruktur, Sozialpolitik und kommunaler Kultur für Investitionen in die Wachstumsförderung verwenden, stellt sich die Frage nach der Legitimation der politischen Leitlinien und damit verbundener Maßnahmen in verschärfter Form.[8]

Die Bürger, die im Falle des Hamburger Leitbildes keineswegs als Autoren des Konzeptes der „Wachsenden Stadt" gefragt waren, sollen nun – so das Ansinnen des „Kommunikations- und Beteiligungskonzeptes" – Einsicht in die politischen Leitideen des Senats und die vermeintlich notwendigen Bürden des Städte-/Standortwettbewerbs gewinnen. Dabei bleibt ihnen – wie hier zu beweisen sein wird – die politische Teilnahme/Teilhabe an der Entwicklung des städtischen (Lebens-)Raumes unverändert versagt. Gemäß der „Kommunikations- und Beteiligungsstrategie" werden die Hamburger Bürger motiviert, in Informationsveranstaltungen und Internetforen, den so genannten „Imageprojekten" der Hamburger Stadtentwicklung, wie z.B. der Hamburger Elbphilharmonie oder insgesamt der HafenCity, „beizuwohnen". Wohl darf der gemeine Städter seine Meinung zu diesen Projekten kundtun und Ideen und Vorschläge äußern, jedoch existieren keinerlei Verfahren oder Regelungen, die die Einbindung dieser Anregungen oder überhaupt die Berücksichtigung der Einwohnerinteressen im Planungsprozess sicherstellen. Es drängt sich hier ein historisch bekanntes Bild auf, wonach dem Volk lediglich die Rolle des Akklamateurs zugedacht war.

Kern der vom Hamburger Leitbild ausgewiesenen „Beteiligungs- und Kommunikationsstrategie" ist, kritisch betrachtet, der Appell an Kampfgeist und Motivation, gerichtet an eine (Stadt)Gesellschaft mit wachsender sozialer Ungleichheit.[9] Hier wird einmal mehr deutlich, dass das kapitalistische Projekt nach wie vor der kollektiven Identität bedarf, um die gesellschaftlichen Gräben zwischen Arm und Reich zu überdecken.

Angesichts einer solchen Form der politischen Entmündigung der Bürger ist es geboten, an die historische Einheit von Stadt und Gemeinwesen zu erinnern: Erst die res publica

---

[8] Vgl. Häußermann/Wurtzbacher 2005, S. 429. Bestätigt wird dies durch das Hamburger Leidbild. Darin ist nachzulesen, dass die wachstumspolitischen Maßnahmen Hamburgs, d.h. „künftige politische Schwerpunktsetzungen[,] durch Prioritätensetzung, Umschichtungen und Einsparungen finanziert werden müssen", um eine „konsequente Fortführung des [...] eingeschlagenen verantwortungsbewussten Konsolidierungskurses" zu erreichen. FHH 2003, S. 19.

[9] Vgl. ebd.

versammelte die Bürger zur Diskussion, Beratung und Entscheidung über die Stadtgestalt und funktionale Stadtorganisation[10] – welche immer sichtbare Auswirkungen und Effekte auf Stadt und Stadtgesellschaft hatte[11] –, auf der Agora. Die Zusammenkunft der Bürger an diesem Ort zum Zwecke des gemeinsamen politischen Handelns markiert die Entstehung der Sphäre der Öffentlichkeit und vice versa die Entfaltung des demokratischen Gemeinwesens.
In die politische Gemeinschaft integriert waren von diesem Augenblick an all jene, die als freie Bürger an der Gestaltung bzw. Entwicklung des städtischen Gemeinwesens partizipieren konnten[12], wobei die res publica Autonomie der Handelnden stiftete und schützte. Die Rolle des freien Stadtbürgers war dabei mit großem öffentlichem Ansehen verknüpft. Diesem Statusgewinn, in Verbindung mit der Erfahrung der Freiheit durch Selbstregierung, verdankt sich der enorme Erfolg des Gemeinwesens.[13] Festzuhalten ist entsprechend, dass der emanzipatorische Kern von Stadt im demokratischen Gemeinwesen gründet.

Die gemeinsame Angelegenheit stellt das Bindeglied einer politischen Öffentlichkeit und also die Grundlage der emanzipierten Stadtgemeinschaft dar. Es ist in Ansehung des gegenwärtigen Zustands des städtischen Gemeinwesens zu prüfen, wie es um die öffentliche Angelegenheit und mit ihr um die Sphäre der Öffentlichkeit bestellt ist. Wir befinden uns damit gleichsam bei der Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit des demokratischen Gemeinwesens.

Wo heute von einem Versagen der „Integrationsmaschine Stadt“[14] die Rede ist, scheint es ratsam, zu den Wurzeln von Demokratie resp. dem Gemeinwesen zurückzukehren,

---

[10] Vgl. Schäfers 2003, S. 15. Er verweist hier auf die von Vitruv um 25 v. Chr. verfassten ‚Zehn Bücher über Architektur’, die einzig überlieferte Schrift des Altertums über Architektur und die Anlage von Städten und Tempeln.

[11] Nur durch diesen Zusammenhang ist es der Wissenschaft möglich, an den Städtebaupraxen der wechselnden Generationen das vorherrschende gesellschaftliche Organisationsprinzip und damit den Entwicklungsstand einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt abzulesen. Umgekehrt lassen wiederum die ökonomischen, politischen und sozialen Gegebenheiten einer Zeit Rückschlüsse auf den Umgang resp. die städtische Planung zu. Vgl. hierzu Weiske 2003, S. 21. Ausführlich nachzulesen bspw. in Tomberg 1973.

[12] Es sei hier allerdings darauf hingewiesen, dass Frauen, Fremde, Sklaven und Kinder nicht den Bürgerstatus besaßen.

[13] Vgl. Linke 2006, S. 36.

[14] Heitmeyer 1999a, S. 443-467. Zum Problem der Desintegration, im Zuge des ökonomischen und sozialen Wandels, vgl. ferner: Heitmeyer, Backes, Dollase 1999b; Heitmeyer, Anhut 2000; Heitmeyer 2005; Häußermann 2000, S. 13-21.

um Ursachen und Lösungsansätze eines folgenreichen gesellschaftlichen Zerfalls zu erkennen.[15]

1.2 Aufbau und Zielsetzung der Arbeit

Die vorliegende Lernwerkstatt-Arbeit knüpft unmittelbar an die vorangegangene an, die einen Vergleich zwischen der liberalen und der kommunitaristischen Demokratieauffassung hinsichtlich der Entwicklung von Demokratiekompetenz unternommen hatte. Es konnte festgehalten werden, dass politische Partizipation eine Bedingung der Möglichkeit von Demokratie resp. eines intakten demokratischen Gemeinwesens bildet. Damit verband sich unmittelbar die Kritik an der Hamburger Regierungspraxis bzw. Leitbildpolitik, welche in Verbindung mit den Erörterungen zum liberalen Demokratieverständnis herausgestellt wurde.

Die in der vorliegenden Arbeit vertiefte Analyse der Bedingungen von politischem Handeln, Urteilen und Entscheiden im Kontext der aktuellen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse soll eine Kritik am herrschenden Demokratieverständnis weiter fundieren. Hierfür gilt es, die historische Dimension zentraler demokratietheoretischer Begriffskategorien freizulegen, welche nicht wenige politische und wissenschaftliche Gegenwartsdiskurse vernachlässigen. Es handelt sich um die Begriffe Freiheit, Politik, öffentlicher und privater Raum, das Gesellschaftliche, Pluralität und politisches Handeln, die allesamt miteinander verbunden sind und ein System konstituierender Polaritäten, Beziehungen und Spannungsverhältnisse bilden, auf dem sich mehr oder minder ein Gemeinwesen gründen und entfalten kann.

Die Erarbeitung der Begriffskategorien geschieht exemplarisch in Auseinandersetzung mit aktuellen Stadtentwicklungspraktiken – im Besonderen der Hamburger Leitideen – und dem im Zuge dessen forcierten Wandel öffentlicher Orte und Plätze in der Stadt. Am Beispiel des Hamburger „Park Fiction“ Parks werden abschließend die vorgestellten Begriffskategorien und Strukturelemente veranschaulicht und anhand der Praxis kritisch reflektiert.

[15] Vgl. etwa Haus 2005, S. 25 ff.

Die Lernwerkstatt-Arbeit im Folgesemester wird die demokratietheoretischen Annahmen am Beispiel des Hamburger Stadtteils Wilhelmsburg weiter verdichten. Untersucht werden sollen vergangene und angestrebte Maßnahmen der Hamburger Stadtentwicklung in dem als benachteiligt ausgewiesenen Quartier. Angesichts der relativ starken Protestkultur im Stadtteil Wilhelmsburg ist nach dem Einfluss erfolgter politischen Maßnahmen sowie eventueller Rückwirkung auf die aktuellen Vorhaben der Hamburger Stadtentwicklung, genauer, dem so genannten „Sprung über die Elbe“, zu fragen. In den Blick genommen werden damit – unter Zugrundelegung der erarbeiteten demokratietheoretischen Grundlagen – Prozesse kollektiv politischen Handelns und ihre potentielle und/oder reale Wirkung auf den Charakter der Stadt.

Kapitel 2 befasst sich mit der historischen Bedeutung des Begriffs der Freiheit und erläutert, warum der Terminus untrennbar mit dem Begriff der Politik verbunden ist. Es wird gezeigt, dass die Öffentlichkeit und mit ihr das Handeln innerhalb der politischen Gemeinschaft die Grundvoraussetzungen für Freiheit bilden. Was sich hinter dem „Siegeszuges“ des „Gesellschaftlichen“ verbirgt und welche Folgen damit für die Trennung der Sphäre des Öffentlichen von jener des Privaten verbunden sind, wird im 3. Kapitel erläutert. Besondere Beachtung gilt hier dem daraus resultierenden Verschwinden von Pluralität im „politischen Feld“ (Kapitel 4), insofern die Pluralität von Weltsichten als konstitutives Element des öffentlichen Raums sowie als unerlässliche Voraussetzung einer aufgeklärten, toleranten (Welt)Gesellschaft verstanden wird. Der politische Diskurs der Gegenwart wird dahingehend betrachtet, inwiefern eine systematische Exklusion von Interessenslagen stattfindet und welche Folgen daraus resultieren. Es wird vermittels der Isolierung von Wirkungsfaktoren des „politischen Feldes“ gezeigt, dass dessen Funktionsweise in Verbindung mit dem gegenwärtig herrschenden liberalen Organisations- bzw. Ordnungsprinzip eine antidemokratische Entwicklung der Gesellschaft befördert.

Kapitel 5 reflektiert die begrifflich-normativen Grundlegungen des demokratischen Gemeinwesens und damit verbunden die ausgewiesenen Problembereiche in Ansehung der Stadt der Gegenwart. Kritisch betrachtet wird hier vor allem die herrschende Stadtplanungspraxis, insbesondere der administrative Umgang mit öffentlichen Orten

und Plätzen[16] sowie die Auswirkungen dieser Praxis auf das Gesicht der Städte, wie auch die städtische Öffentlichkeit und das Gemeinwesen. Dass nichts so bleiben muss wie es ist, soll das 6. und letzte Kapitel zeigen. Am Beispiel des Stadtteilprojektes „Park Fiction“ soll die Kraft kollektiven Handelns demonstriert werden. Es lehrt gleichsam, dass es manchmal doch mehr als nur der Worte bedarf, um Welt zu verändern und mit anderen im Kleinen oder Großen ein Stück Geschichte zu schreiben.

2. Leben in Freiheit – der Ursprung von Politik

„Freiheit ist der Sinn dessen, dass es so etwas wie Politik im Zusammenleben der Menschen überhaupt gibt.“[17] Mit der Fähigkeit, politisch tätig zu werden, d.h. zu handeln und die Welt als den allen Menschen gemeinsamen Ort mitzugestalten, kommt jedem Individuum ein Vermögen zu, über seine naturgegebene Bedingtheit hinauszugehen. Historisch betrachtet lässt sich Politik (neben der „Subsistenz“ sowie der Sorge um die Nachkommenschaft im Familienverbund) als Reproduktionsfunktion und entsprechend als eine Form gesellschaftlicher Arbeit begreifen, deren Gegenstand die Erschließung und Erhaltung von Lebensraum bzw. Welt ist.[18]

Im demokratietheoretischen Diskurs wird anstelle des Terminus der Freiheit auch jener der Autarkie verwandt. Autarkie im aristotelischen Sinne bezeichnet einen bestimmten „Stand der Herrschaft des Menschen über die Natur“, womit die Praxis politischer Selbstbestimmung gemeint ist.[19] Eine Interpretation des Aristotelischen Axioms – des auf die Erlangung des „höchsten Gutes“ gerichteten Menschen – lautet entsprechend, dass damit auf das menschliche Streben nach „Autarkie“ als Ursprung und Zweck politischen „Handelns“ verwiesen werde.[20]

---

[16] Zum Einstieg in die Thematik empfiehlt sich die Lektüre der Zeitung ‚wohnbund informationen’ (3/2003). Hier findet sich eine breite Diskussion von Akteuren, Fachleuten und Forschern zum Thema „Öffentlich nutzbare Räume im Quartier“.

[17] Arendt 1994, S. 201.

[18] Vgl. Lambrecht, Tjaden, Tjaden-Steinhauer 1998, S.16 ff.

[19] Tomberg 1973, S. 92.

[20] Vgl. hierzu ebd., S. 15 ff. Gemeinhin wird unter dem Terminus des „höchsten Gutes“ der Zustand des (vollendeten) „Glücks“ verstanden. Tomberg zufolge sei jedoch gerade der Charakter des „Glücks“, für sich allein zu genügen, was nichts anderes als den Zustand der „Autarkie“ bezeichne.

Der wortgeschichtlichen Bedeutung halber ist hier zunächst beim Terminus der „Freiheit“ zu verharren. Im Altertum galt „Freiheit“ als „Inbegriff der Polis und des politischen Lebens“[21], weil sich darin die Einheit des „Wollens“ und des „Könnens“ manifestierte. Beginnend mit der Philosophie des Sokrates, die die Freiheit in das Denken verlegte, über das Christentum, welches sie zur einer bloßen Kategorie des Willens machte, setzte sich nach und nach ein von der real existierenden Möglichkeit kollektiven „Handelns“ getrennter und damit entpolitisierter Freiheitsbegriff durch. „Freiheit“ wurde subjektiviert, indem ihre Erfahrbarkeit dem Bereich des individuellen Willens oder Denkens zugewiesen wurde und folglich nicht mehr als ein kollektiv erfahrbares Moment galt.[22]

Als frei bzw. souverän gilt aus der heutigen subjektivistisch liberalen Sicht, wem es gelingt, seinen individuellen Willen gegen jene divergierenden und/oder konkurrierenden Absichten der anderen durchzusetzen. Gesellschaft entsteht dieser Auffassung zufolge durch Austauschbeziehung auf der Basis individueller Nutzenerwägungen. Der Markt bietet die Stätte der Bedürfnisbefriedigung und verbindet Menschen, die in völliger Anonymität verbleiben, d.h. die allein auf der Basis von Tauschbeziehungen miteinander in Beziehung treten. Es ist dann – so die liberale Auffassung – die „unsichtbare Hand des Marktes“, die darüber entscheidet, welche Interessen am Ende befriedigt werden.

Eine solche Gesellschaft mag zwar den freien Willen der Individuen bekräftigen, eine Durchsetzungskraft oder Wirkungsmacht ist damit noch lange nicht verbunden. Der einzelne Akteur kann zwar souverän handeln, ist darin jedoch von einer unbekannten desorganisierten Masse abhängig. Die Macht, auf Marktstrukturen oder sonstige gesellschaftliche Organisationsformen wie z.B. den Produktionsprozess Einfluss zu nehmen, verbleibt und akkumuliert sich indes bei den wenigen Kapital- und Ressourcenbegünstigten. Denn solange Interessengruppen nur abstrakt formell bestehen, d.h. weder ein Bewusstsein für, noch eine Verständigung über die gemeinsame Sache vorhanden ist, ist jeder individuelle Willen an eine größtmögliche Ausstattung mit materiellen, sozialen und intellektuellen Ressourcen geknüpft.

---

[21] Arendt 1994, S. 211.
[22] Vgl. ebd., S. 212 ff.

Aus dieser Auffassung folgt, dass die Freiheit des einen immer nur auf Kosten jener des anderen existiert, wobei das reale Vermögen, mit anderen und unter anderen im gemeinsamen Handeln frei zu sein, ausgeblendet wird.[23] Diese zum liberalen Verständnis gegenteilige Auffassung nämlich verweist auf einen grundsätzlich anderen Freiheitsbegriff. Danach stiftet nur das politische Handeln, welches wiederum das Kollektiv und entsprechend den informellen Verband zu seiner Voraussetzung hat, universale Freiheit, die ganz unabhängig von individueller Kapital- und Ressourcenausstattung ist.

Freiheit gibt es in diesem Sinne immer nur *zwischen* Menschen, nicht aber *von* den Menschen. Sie kann damit auch nur unter den Bedingungen der „Nicht-Souveränität" bestehen. So konstatiert etwa Hannah Arendt: „Wo Menschen, sei es als Einzelne, sei es in organisierten Gruppen, souverän sein wollen, müssen sie die Freiheit abschaffen. Wollen sie aber frei sein, so müssen sie auf Souveränität gerade verzichten."[24]

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Aristotelische Bestimmung des Menschen als „zóon politikón", dann empfiehlt sich hier die folgende Lesart: Der Mensch bedarf von Natur aus der menschlichen Gemeinschaft, insofern sein Überleben nur in ihr gewährleistet ist. Aristoteles geht jedoch darüber hinaus, indem er ein menschliches Streben zur Gemeinschaft annimmt, was sich nun dergestalt interpretieren lässt, dass der Mensch „Autarkie" bzw. „Freiheit" (als das höchste Gut) nur in und mit Gemeinschaft erlangen kann. Dies allerdings nicht in jedweder Gemeinschaft, sondern nur in einer ideal verfassten, die Aristoteles unmittelbar vor Augen hatte: der griechischen Polis.[25] Sie entfaltete für ihn sichtbar das, was wir historisch unter dem Begriff des *öffentlichen Raumes* verstehen: Eine Sphäre, in der Gleiche zusammenkommen, um via politischen Handelns, Urteilens und Entscheidens „Welt"[26] zu gestalten und im Moment des Anfang-Setzens zu Freien zu werden.

---

[23] Vgl. Arendt 1994, S. 212 ff.
[24] Vgl. ebd., S. 215.
[25] Vgl. Tomberg 1973, S. 18 f und Arendt 1994, S. 210 ff.
[26] An dieser Stelle wird auf den Arendt'schen Weltbegriff Bezug genommen, der Menschen nicht allein auf der Basis von Gegenständlichem/Objekthaftem (Dingwelt) miteinander in Beziehung treten sieht, sondern darüber hinaus das von Menschen zwischen Menschen geschaffene „Bezugsgewebe" (Mitwelt) einbegreift; zu denken ist bspw. an gesellschaftliche Ordnungssysteme wie Sprache, Rituale, Werte und Normen, die via „Handeln" geschaffen, gepflegt und/oder kultiviert werden. Vgl. Marchart, S. 82 ff.

Politisches Handeln geschieht also weder durch ein „Politik-Gen“ im Menschen, noch – obgleich das Handeln sinnbildlich Kritik an Macht, Gewalt und Herrschaft darstellt – zum Zwecke eines abstrakten Gefühls von Freiheit, sondern basiert auf der einfachen Tatsache, dass der Mensch, der, mit Hannah Arendt gesprochen, nur im Plural existiert und seine auf die allen Menschen gemeinsame Welt gerichteten Belange grundsätzlich mit anderen aushandeln muss. Politik konstituiert sich somit in dem zwischen Menschen befindlichen Interessensbereich, der als Gemeinsames und Verbindendes die öffentliche Angelegenheit zu seinem Gegenstand hat, und ein jeder, der an dieser Welt (An-)teil nimmt, ist fähig, für sich wie zusammen mit anderen, für die Gemeinschaft Verantwortung zu tragen bzw. Entscheidungen zu treffen.[27]

Diese theoretischen Reflexionen zum Begründungszusammenhang von Politik resp. Freiheit haben Konsequenzen für die Untersuchung des öffentlichen Raums in der und um die Stadt der Gegenwart. Bevor jedoch die öffentlichen Orte und Plätze der Stadt und mithin der Zustand des Gemeinwesens unter der gegenwärtigen politischen Praxis betrachtet werden, gilt es, im Anschluss an die Lernwerkstatt-Arbeit des letzten Semesters, zunächst den Terminus des öffentlichen Raums zu schärfen, um im Weiteren zu klären, ob und ggf. wie sich ein – so oft beklagtes – Verschwinden des öffentlichen Raums vollzieht.[28]

3. Der Siegeszug des Gesellschaftlichen und seine Folgen

Gestalt und Charakter der öffentlichen Plätze und Orte in den Metropolen und Städten der Gegenwart tragen bereits deutliche Male des von Hannah Arendt thematisierten „Siegeszug des Gesellschaftlichen“. Gemeint ist damit die im 17. Jahrhundert einsetzende Transformation der feudalen Gesellschaft zur modernen Arbeits-gesellschaft, mit der sich das Gesellschaftliche/Soziale als selbstständige Sphäre konstituiert und sowohl den öffentlichen als auch den privaten Raum aufzulösen beginnt.

---

[27] Vgl. hierzu Lambrecht, Tjaden, Tjaden-Steinhauer 1998, S. 38 ff.
[28] Vgl. hierzu Habermann-Nieße, Selle 2003, S. 2. Weiterführend Herlyn 2004, S. 121-130. Selle 2004, S. 131-145.

Die Polarität von Öffentlichem und Privatem gründet in dem eingangs geschilderten Moment der Freiheit resp. Autarkie. Öffentlichkeit schafft einen Raum, in dem sich Gleiche – insofern keine Hierarchie individueller Interessen existiert – versammeln und auf der Basis des sie verbindenden Anliegens gemeinsam handeln und darin Freiheit erfahren können. Ganz im Unterschied zum Bereich des Privaten[29] als Sphäre von Produktion und Reproduktion, die immer von Zwang und von der Notwendigkeit der menschlichen Bedürfnisse gekennzeichnet ist, mithin also von wechselseitigen Abhängigkeiten, Herrschafts- und Gewaltbeziehungen, und die deswegen per se nicht den Ort bereitstellt, an dem Freiheit sich entwickeln und erfahren werden kann.[30]

Zwischen Öffentlichem und Privatem etabliert sich in der Moderne das Gesellschaftliche als die öffentliche Organisation des natürlichen Lebensprozesses. Es wird zur Bedrohung des Politischen, insofern die gemeinschaftliche Einheit gerade nicht durch die gemeinsame Beratung, Diskussion und Entscheidung Freier und Gleicher gestiftet wird, sondern durch die aus der Arbeitsteilung erwachsenden Abhängigkeitsverhältnisse und sozialen Ungleichheiten.[31]

---

[29] Gemeint ist jener durch Eigentumsrechte geschützter Bereich, in dem Mensch seine Rückzugsmöglichkeiten findet und das bewahren bzw. verbergen kann, was im grellen Licht der Öffentlichkeit unterginge. Denn diese lässt nur das zu resp. nimmt nur jenes in sich auf, was für alle Betrachtenden Relevanz besitzt. Ebenso angesprochen ist jener private Ort, dessen Zweckmäßigkeit, im ursprünglichsten Sinne, in der Sicherung des individuellen Überlebens sowie des Fortbestehen der menschlichen Gattung besteht.
Zu unterscheiden ist hierbei jedoch Privateigentum von Privatbesitz. Ein Blick in die Vergangenheit macht deutlich, dass Eigentum immer an einen bestimmten Ort gebunden war. Damit garantierte es dem Eigentümer einen Platz in der Welt innerhalb eines politischen Körpers und damit verbunden den Schutz der Gesetze der Gemeinschaft. Kein Besitz, mochte er auch noch so groß sein, konnte das an das Eigentum gebundene kostbare Gut der Einbindung in die politische Gemeinschaft – nämlich die Bedingung der Möglichkeit von Freiheit – ersetzen, obgleich Eigentümer dennoch nicht umhin kamen, Besitz und Reichtum anzuhäufen, insofern erst diese Vermögen ihnen die Mittel anhand gaben, sich von der Last der Arbeit zu befreien, um Raum für die öffentliche Tätigkeit zu gewinnen. Arendt verdeutlicht die Unterscheidung von Besitz und Eigentum am Beispiel der römischen Sklaven, die durchaus über Wohlstand und Bildung verfügten, nicht jedoch über das für den Bürgerstatus notwendige Eigentum innerhalb einer Gemeinde/Stadt.
Der Privatbesitz, auf den (und nichts sonst) die „modernen Verfechter des Privateigentums“ abzielen, dient vor allem dem Schutz des einzelnen Kapitals, mithin des Akkumulationsprozesses selbst, denen das Privateigentum gerade im Wege steht. Privateigentum muss und musste – wie von Anbeginn der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte an – dem Anwachsen des gesellschaftlichen Reichtums Platz machen. Vgl. Arendt 2002, S. 74 ff. Ein aktuelles Beispiel hierfür liefert die Auseinandersetzung um die Landebahnerweiterung des Airbuswerkes.

[30] Vgl. hierzu ebd., S. 40.

[31] Vgl. etwa ebd., S. 58 f. Die Bildung des bürgerlichen Staates als Nationalstaat bedurfte wegen des Widerspruches, eine Gemeinschaft von Gleichen zu sein (die aber gerade auf ökonomischen und sozialen Ungleichgewichten fußt) der nationalen Identität. Die Simulation eines nationalen „Wir-Gefühls“ bzw. das Heraufbeschwören der Abstammungsgemeinschaft sollte helfen, bestehende Missverhältnisse und Ungleichheiten zu überdecken, insbesondere nachdem die integrative Kraft der kirchlichen Glaubensgemeinschaft im Zuge der Säkularisierung zerfallen war. Vgl. hierzu Reimer 2005.

Anders als die freiheitliche Selbstbestimmung der politisch Handelnden im Öffentlichen bildet das „Sich-Verhalten“ der Gesellschaftsglieder ein konstitutives Element des Gesellschaftlichen. Wie schon im autark wirtschaftenden Familienverbund von einst ist auch das „Unter-Gleichen-Leben“ im gesellschaftlichen Sinne[32] mit der Forderung konformen Verhaltens gegenüber der Gemeinschaft verknüpft.[33] Dabei zwingt die zum öffentlichen Anliegen gewordene Wohlstandsmehrung nicht nur zur Gefolgschaft, sondern legitimiert gleichsam Hierarchie. Die von politischen Repräsentanten zur Verteidigung unpopulärer Maßnahmen (die einseitig den Unternehmen zu Gute kommen) immer wieder angeführte Formel, im Sinne der bestmöglichen Versorgung Aller zu handeln, ist nicht mehr und nicht weniger als das Feigenblatt einer herrschenden Politik, die kaum mehr als die Profite der Wirtschaft im Auge hat.[34]

Mit der Dominanz des ökonomischen und sozialen Diskurses, d.h. des Gesellschaftlichen im „politischen Feld“[35], verschwindet jedoch die Pluralität der Perspektiven, unter denen sich ein und derselbe Gegenstand – wie z.B. öffentlicher Stadtraum – unter den Augen der Vielen darbietet und als gemeinsame Angelegenheit zum Objekt kontroverser Diskussion und Argumentation, wie auch differenzierter, wissender (informierter) gemeinsamer Beratung werden kann und über den am Ende eine gemeinsame Entscheidung getroffen wird, die nicht zwangsläufig auf Konsens beruhen muss.

Um die Problematik der Dominanz des ökonomischen/sozialen Diskurses, mithin der Auslöschung des Politischen, nachvollziehen zu können, werden im Folgenden die Funktionsweise und Strukturen des „politischen Feldes“ – als Ort des Kampfes um die kulturelle Hegemonie[36] – dargestellt. Hierbei wird ersichtlich, dass Pluralität ein unverzichtbares Moment des Prozesses der politischen Urteils- und Meinungsbildung

---

[32] Gemeint ist damit nicht eine Gleichheit im Sinne von Ebenbürtigkeit, sondern die Gleichheit aller Glieder unter der Herrschaft eines Despoten. Vgl. hierzu Arendt 2002, S. 50.

[33] Vgl. ebd., S. 39.

[34] Vgl. hierzu Arendt 2002, S. 50 f. Vor diesem Hintergrund ist etwa dem gegenwärtig recht lauten Rufen nach einer „europäischen Identität“ kritisch zu begegnen. In Zeiten der ökonomischen Krise muss mehr denn je das Sich-Verhalten, d.h. die Konformität der Glieder des ökonomischen Körpers angemahnt werden, um die Herrschaft und Freiheit der Wenigen zu sichern.

[35] Felder werden von Bourdieu als „relativ autonome Mikrokosmen“ bezeichnet, die alle, mit einem spezifischen Gegenstand (hier der Politik) befassten Akteure und Institutionen durch objektive Strukturen miteinander verbinden. Ausführlicher zu Begriff und Theorie der Felder vgl. Bourdieu 1998, S.16 ff.

[36] Von Gramsci eingeführter Terminus. Vgl. hierzu Peters 2006, 2. Lernwerkstattarbeit.

und insofern der Demokratie darstellt. Wir folgen damit den theoretischen Annahmen Bourdieus, wonach das „politische Feld“ den Bezugspunkt der politischen Urteils- und Meinungsbegründung der sozialen Akteure bildet und damit den Rahmen des politisch Denkbaren, mithin der legitimen politischen Fragestellung, bestimmt.[37]

4. Pluralität im „politischen Feld“ und ihre Bedeutung für die Demokratie

Die innerhalb des „politischen Feldes“ handelnden politischen Akteure/Institutionen[38] produzieren die Deutungsmuster bzw. Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt und versuchen, ein Interpretationsmonopol gegen andere Weltsichten zu erlangen, wofür die Akzeptanz und/oder Zustimmung des Gros der sozialen Akteure die Voraussetzung sind. Wer sich in diesem „Kampf um die Köpfe“ durchsetzt, erhält die Macht.[39] Denn die erzeugten Kategorien und Klassifizierungsprinzipien determinieren (gemeinsam mit dem klassenspezifischen Habitus) die politischen Dispositionen der Individuen und damit sowohl die in der Wahldemokratie abgeforderten politischen Entscheidungen, wie auch das politische Handeln der Aktiven.[40]

Gelangen einzelne Weltinterpretationen im „politischen Feld“ und damit ihre Träger zu einer dominanten Position[41], dann etabliert sich (kulturell) das, was gemeinhin unter *Herrschaft einer Ideologie* verstanden wird und was – wie uns nicht zuletzt die Erfahrungen mit totalitären Staatssystemen lehren – zu bekämpfen ist.[42]

Von der Mannigfaltigkeit und Heterogenität des in der Welt Bestehenden erfährt nur all jenes öffentliche Existenz und ist von öffentlichem Belang, was Eingang in das

---

[37] Vgl. Bourdieu 2001, S. 68 ff.
[38] Es wird hier und im Weiteren der Institutionenbegriff Bourdieus übernommen. Dieser wird von Bourdieu synonym zum Begriff der sozialen Gruppe verwandt. Bourdieu spricht bspw. von der „Institutionalisierung politischen Kapitals“ im Zuge der Bildung einer informellen Gruppe. Vgl. ebd., S. 105 f.
[39] Vgl. ebd., S. 54 f. Ausführlicher zum Wirken der Non-Profit-Organisationen im politischen Feld sowie ihrer Funktionsweise als institutionalisierte Form zivilgesellschaftlichen Protests vgl. Peters 2006, 2. Lernwerkstattarbeit.
[40] Vgl. Bourdieu 1987, S. 623 ff.
[41] Vgl. Bourdieu 2001, S. 55.
[42] Diesen Zusammenhang beleuchtet aufschlussreich der von Horkheimer (1940) verfasste Aufsatz ‚Autoritärer Staat’.

„politische Feld“ findet. Voraussetzung für den Zugang ist wiederum, dass es einer vormals bloß formell bestehenden Gruppe gelingt, sich ihrer gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse gewahr zu werden und das vorhandene „politische Kapital“ zu objektivieren. Denn nur durch die Institutionalisierung kann sie ihr Anliegen öffentlich artikulieren und verfolgen.[43]

Ebenso wie die Objektivierung des „politischen Kapitals“ Voraussetzung für Pluralität innerhalb des politischen Feldes ist, ist letzteres – wie oben ausgeführt – Bedingung der Institutionalisierung. Erst die Vielfalt der Weltsichten im „politischen Feld“ gewährleistet, dass Menschen Strukturen und Widersprüchlichkeiten der sozialen Welt erkennen, sich entsprechend positionieren sowie ihre individuellen Erfahrungen in politisches Handeln übersetzen können.[44] Es wird damit zur Aufgabe demokratischer Gesellschaften, Pluralität innerhalb des „politischen Feldes“ sicherzustellen, wobei es nicht darum geht, eine „Anarchie“ individueller Interessen und Moralvorstellungen durchzusetzen, sondern Freiheit und Gerechtigkeit auf der Basis einer verfassungsmäßigen Ordnung sicherzustellen.[45]

„Pluralismus“ als politische Option zielt darauf, Macht durch Gegenmacht zu begrenzen, bspw. indem verschiedenste Gremien der Politikkontrolle sowie Institutionen der Selbstverwaltung auf die Durchsetzung der kollektiven Interessen hinwirken.[46] Wertvolles Moment partizipatorischer Demokratie ist (neben der erzieherischen/ schulenden Wirkung[47] in Bezug auf die Entwicklung von Gemeinsinn, Solidarität und Toleranz) der Einfluss auf das politische Urteilen.[48] So zeigen und lehren die kontroversen Diskussions- und Beratungsprozesse innerhalb demokratisch-partizipativer Institutionen resp. unter Formen kollektiven Handelns, dass Sachlagen sich i.d.R. – öffentlich kommuniziert – wesentlich differenzierter und komplexer darstellen, als Mensch zunächst meint. Politisches Urteilen oder auch schlichtweg die

[43] Vgl. Bourdieu 2001, S. 105 f.
[44] Vgl. Fritsch 2001, S. 17.
[45] Vgl. Sandkühler 1996, S. 25.
[46] Vgl. Goldschmidt 1996, S. 143 ff.
[47] Ausführlicher nachzulesen bei Barber 1994, Taylor 2002.
[48] Bourdieu sieht die Ursachen politischer Meinungslosigkeit in der Ermangelung politischer Sachkenntnisse (Bildungskapital) und symbolischen Kapitals. Denn beides löst beim Individuum ein Empfinden der Nicht-Legitimität des eigenen Urteils aus, was wiederum zu politischer Meinungslosigkeit sowie dem Verlust der Fähigkeit, sich auf eine politische Frage ein genuin politisches Urteil zu bilden. Vgl. Bourdieu 1987, S. 623ff.

moralische Meinungsbildung wird sich in einem öffentlichen Raum und damit inmitten einer Vielheit von Perspektiven und Sichtweisen auf Gegenstände und/oder Sachlagen zwangsläufig verfeinern. Wenngleich auch eine solche Praxis diskursiver Urteilsbegründung keine Garantie für Richtigkeit oder Falschheit von Urteilen stellen kann, hat sie jedoch gegenüber anderen Regierungspraktiken[49] den Vorteil, Mystifizierungen und Interpretationshoheiten einzelner politischer/sozialer Akteure im Weg zu stehen.

Nicht zuletzt verweist Pluralität innerhalb des „politischen Feldes" die Bürger auf die Relativität von Weltbildern, Religionen, künstlerischen Gestaltungen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Moral, womit es das Fundament eines sich der Relativität des jeweils eigenen privaten und gesellschaftlichen Lebenskontextes bewussten Denkens, Verhaltens, Urteilens und politischen Handelns des Einzelnen bildet.[50]

Ein Blick auf die gegenwärtigen politischen Praktiken liberaler Gesellschaften lässt unschwer erkennen, dass dem gemeinen Volk nicht nur normativ das Vermögen politischen Handelns, Urteilens und Entscheidens mittels des herrschenden Repräsentationsprinzips verwehrt wird, sondern mehr noch systematisch basisdemokratische partizipatorische Rechte bekämpft werden.[51] Damit bleibt nicht nur die aus politischer Teilnahme/Teilhabe resultierende und für das demokratische Gemeinwesen fundamentale Integrationskraft ungenutzt, sondern wird gleichsam die allgemeine Entwicklung politischer Kompetenzen und eines auf Toleranz und Solidarität basierenden Bürgersinns behindert, wenn nicht gar verhindert. Die Grundvoraussetzungen für Demokratie, „öffentlicher Raum", die res publica und mit ihnen die Pluralität, muss man in diesen Gesellschaften in den Nischen suchen, die sich aus mangelnder ökonomischer und sozialer Relevanz des Gegenstandes ergeben.

---

[49] Erinnert sei an die gegenwärtigen Gepflogenheiten der politischen Führung, die politische Themensetzung, Beratung und Entscheidung in außerparlamentarisch Ausschüssen oder Expertenkommissionen zu fällen.

[50] Vgl. Sandkühler 1996, S. 25. Kritisches Urteilen in Zeiten, in denen „der Kampf der Kulturen" ausgerufen wird, erfordert, von eigenen Regeln und Maßstäben abrücken zu können, um fremde Praktiken und Kulturen nicht von vornherein zu negieren und stattdessen ein Verständnis von und in der Differenz zu gewinnen. Vgl. hierzu Zerilli 2006, http://www.fr-aktuell.de/ressorts/kultur_und_medien/feuilleton/?cnt=781370, [Zugriff 07.01.2006]

[51] Man denke etwa an die Bestrebungen des Hamburger Senats, die Volksgesetzgebung mittels bürokratischer Hürden zu erschweren. Nicht zu vergessen die Privatisierung der LBK`s entgegen der Vorgaben des Volksentscheids. Näher hierzu informiert der Verein ‚Mehr Demokratie', Homepage: http://www.mehr-demokratie-hamburg.de/

Es lässt sich an dieser Stelle im Hinblick auf die Ausgangsfrage nach den Bedingungen der Möglichkeit des demokratischen Gemeinwesens, festhalten, dass sich nur dann ein „öffentlicher Raum“ bilden kann, wenn 1. die *institutionellen Voraussetzungen* politischen Handelns gegeben sind – dies ist bspw. nicht der Fall, wenn Bauplanung vom Hamburger Senat anstatt vom zuständigen Bezirk (als demokratisch legitimierter Institution) vollzogen wird, wie es im Falle der Bebauung der HafenCity praktiziert und jüngst im Falle der Bebauung des Domplatzes angestrebt wird[52]; ebenso wenig besteht die Möglichkeit politischen Handelns, wenn öffentliche Flächen (wie der Magellanplatz in der HafenCity) privatisiert werden. Voraussetzung ist also die öffentliche und insofern gemeinsame Angelegenheit.

Hat sich eine herrschende Öffentlichkeit und damit ein Interpretationsmonopol im „politischen Feld“ etabliert, errichtet nur eine sich formierende Gegenöffentlichkeit (etwa im Sinne der Überlegungen Gramscis zur Zivilgesellschaft[53]), die den herrschenden politischen Diskurs und Prozess für sich aufbricht, wieder einen offenen politischen Raum. Problematisch ist hier die geschilderte Wechselwirkung von „politischem Feld“ und „sozialem Raum“. Denn in der sog. Massengesellschaft ist die Formierung einer Gegenöffentlichkeit, aufgrund von Individualisierung und Konformitätsverhalten gepaart mit dem Verschwinden der *politischen Pluralität* als der 2. Voraussetzung des öffentlichen Raums, stark behindert.

Doch welche Folgen ergeben sich für das „Gesicht“ der modernen Stadt, mithin der Gesellschaft, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind? Eine Analyse der gegenwärtigen Stadtplanungspraktiken im Allgemeinen und des stadtplanerischen Umgangs mit öffentlichen Orten/Plätzen sowie der ihnen beigemessenen gesellschaftlichen Bedeutung im Besonderen soll Klarheit verschaffen, wie es um den „öffentlichen Raum“, Freiheit/Politik (Handeln und Handeln-Können) und also das Gemeinwesen bestellt ist.

---

[52] Vgl. Rebaschus in Hamburger Abendblatt v. 20.12.2005, S. 11.
[53] Ausführlicher hierzu: Peters 2006, 2. Lernwerkstattarbeit.

5. Die Stadt der Gegenwart – demokratische Lebenspraxis?

Im „Wettbewerb der Städte und Metropolen“ versuchen Städte wie Hamburg ihr Image zu polieren und sich eine „Marke“ zu geben.[54] Es ist dies nichts anderes als der Versuch, internationale Aufmerksamkeit zu erregen, um Kapital anzuziehen und sich als wichtigen Knotenpunkt im funktionsteiligen Netzwerk der kapitalistischen Welt zu etablieren. Hierfür bedarf es der Ansiedlung von Unternehmenszentralen und Finanzzentren mit internationalem Geschäftsfeld, hochrangiger unternehmensbezogener Dienstleistungen, mindestens aber innovativer Produktionsstrukturen, um wichtige Steuerungsfunktionen der globalen Daten-, Wissens- und Kapitaltransfers – und damit Macht – in der Stadt zu konzentrieren.[55]

Die stadtplanerischen/-gestalterischen Resultate dieser Bestrebungen erreichen in der Regel jedoch das genaue Gegenteil der ursprünglichen Intention. Anstatt individueller Orte bringt die Stilisierung der Stadt zu einem Objekt der Massenkultur allerorts dieselben Typologien von Stadt hervor: Öffentliche Stadträume, die via Stadtmarketing als „Welt ohne Widersprüche“ inszeniert wurden; ein Übermaß an „funktionaler“ Architektur, die nach dem Prinzip der Kostenminimierung bei gleichzeitiger Maximierung der Nutzbarkeit verfährt und eine „Orte-Industrie“, die – gespeist aus „dem Bedürfnis nach urbanen (und ruralen) Atmosphären“[56] – städtisch-öffentliche Erlebnisräume in „künstlich“ geschaffene „Binnenwelten“ der Konsum- und Freizeitgestaltung transferiert.[57] Vor allem die letztgenannte Entwicklung hat problematische Konsequenzen für Stadt und (Stadt-)Gesellschaft.

Öffentliche Stadträume sind Orte des Aufeinanderprallens unterschiedlicher Lebens- und Verhaltensweisen. Sie dienen der Kommunikation, Artikulation und Vermittlung von Meinungen und Anschauungen und sind folglich immer auch Stätten von Interessenskonflikten und ihrer Austragungsprozesse.

---

[54] Vgl. Kaltenbrunner 2003, S. 33.
[55] Ein gutes Beispiel aus der Praxis liefert die Publikation der Handelskammer Hamburg 2000: „Metropolen im Wettbewerb, Zentralitätsfunktionen Hamburgs stärken“, S. 49 f. Eine umfassende Analyse des Phänomens findet sich bei Castells 2001.
[56] Kaltenbrunner 2003, S. 35.
[57] Vgl. ebd., S. 30 ff.

Als solche treten sie nun in Konkurrenz[58] zu durchgestylten Shopping-Malls, die ihre Besucher in eine Welt „glücklicher Klarheit“ führen: Ein gekonntes Arrangement an Unterhaltung, Shopping und Vergnügen schafft eine optimale Konsumsituation; negative Erscheinungen des städtischen Lebens, wie etwa der Straßenverkehr oder ungünstige Witterungsverhältnisse, bleiben sprichwörtlich „vor der Tür“ und all das selbstverständlich unter Ausbleiben von Nutzungskonflikten, weil schlichtweg alle (nur) ein und derselben Beschäftigung nachgehen (sollen).[59] In einer Atmosphäre konsumtiven Gleichklangs, im Schutz unzähliger Videokameras sowie dazugehöriger Security-Dienste, d.h. fernab von den Mobilisierungsversuchen, der individuellen Selbstdarstellung, den unliebsamen Meinungsbekundungen und Hilfegesuchen städtischer Öffentlichkeit, können Simmels von der Großstadt „vergewaltigte“ Subjekte in einem gänzlich unpolitischen Raum ihr Seelenheil suchen.[60]

Öffentliche Stadträume unterliegen in diesem „Konkurrenzkampf“ – zumal angesichts des aktuellen Zustandes vieler Plätze längst nicht mehr von ihnen als den „lächelnden Augen“ der Stadt gesprochen werden kann.[61] Eine Folge dessen ist bspw. die „Umpolung städtischer Verhaltensformen“, die aus der veränderten Wahrnehmung öffentlicher Orte/Plätze resultiert. So werden öffentliche Stadträume zunehmend auf jene Muster reduziert, an denen halb-öffentliche Räume gemessen werden. Eine Befürwortung von Privatisierung zur Steigerung des Konsum-, Freizeit- und Erholungswertes durch das Gros der städtischen Bevölkerung ist da nicht weit. Weichen muss dann der öffentliche Platz, auf dem idealiter ein jeder das Recht bzw. die Möglichkeit besitzt, seine Anschauungen kund zu tun, d.h. als Handelnder für seine Sache zu werben und dergestalt als „Schauspieler“ auf der großen „Bühne“ der

---

[58] Dieses Problem veranlasste bspw. den Senat der Hansestadt Hamburg zur Einführung so genannter Business Improvement Districts, nach einem US-amerikanischen Modell der Puplic-Private-Partnership. Das Konzept sieht vor, so genannte „Innovationsbereiche“ einzurichten, für die die Stadt spezifische Verfügungsrechte auf die Grundeigentümer überträgt. Ziel ist es dabei dem Attraktivitätsverlust öffentlicher Stadträume durch „Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben“ entgegentreten. Nähere Informationen sowie der Gesetzestext finden sich bei ‚hamburg.de’, http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/stadtentwicklung-umwelt/stadtplanung/bid/start.html [Zugriff 20.02.2006].

[59] Vgl. etwa Kaltenbrunner 2003, S. 30.

[60] Wie es um das „Seelenleben“ der Großstädter bestellt ist, beschrieb schon Simmel 1903 recht treffend in seinem Aufsatz „Die Großstädte und das Geistesleben“.

[61] Kaltenbrunner (2003, S. 31) schreibt zum Zustand öffentlicher Plätze: „[...] viele dieser Augen [sind] leider blind geworden [...]: ohne klare räumliche Fassung, gefräst durch überbreite Straßen, von Autos entweder durchbraust oder zugeparkt, ungastlich und bar jeglicher Aufenthaltsqualität“.

Öffentlichkeit zu erscheinen[62] – ganz so, wie es dem menschlichen Dasein angemessen ist: im Streben nach Anerkennung/Sympathie, Vortrefflichkeit und öffentlichem Glück.[63]

Der öffentliche Stadtraum erfährt einen Funktionsverlust, insofern er seine integrative Wirkung als Kommunikations- und Handlungsstätte in gleichem Maße einbüßt, in dem das Interesse sinkt, sich in ihm aufzuhalten. Die Unattraktivität steigert noch der Effekt, dass der öffentliche Stadtraum nunmehr lediglich zum Rückzugsort ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen wird. Verloren geht dann das Forum oder die Arena, für die „Gegenstrategie der Unbeachteten [, d.i.] die Erregung von Aufmerksamkeit, die den Schild der Blasiertheit durchbrechen kann: laut, penetrant, bedürftig, hilflos, attraktiv, charmant – je nachdem“.[64]

Die Reduktion der weltlichen Belange auf Reproduktion und Konsumtion verengt die Sichtweise von Welt auf einen einzigen – nämlich den ökonomischen – Aspekt, der unvermittelt zum universalen Anliegen, d.h. zur Aufgabe aller wird. Dieser Aspekt setzt die Norm der Betrachtung von Welt und delegitimiert jegliche Bestrebungen, Welt aus einem anderen Blickwinkel, etwa der „simplen“ Frage danach, was eine Gemeinschaft wirklich braucht resp. für sich als wünschens-/lebenswert erachtet, zu betrachten. Hiermit existieren zwar noch öffentlich nutzbare Plätze und Orte, nicht aber „öffentlicher Raum“. Denn diese öffentlich zugänglichen Orte und Plätze sind weder Stätten des gemeinsamen Versammelns und Kommunizierens, auf denen plurale Weltsichten ans Licht der Öffentlichkeit treten, noch (institutionell) öffentliche Angelegenheit, über die gemeinschaftlich befunden und verfügt wird.

Hassenpflug bringt diese Entwicklung auf den Punkt: „Stadt und öffentlicher Raum kehren zurück – jedoch als konsumierbare Fiktionen[,] als Bild und Images, die einer erbarmungslos rasenden Produktionsmaschinerie äußerlich übergestülpt werden.“[65]

---

[62] Vgl. Sennett 1983.

[63] Adam Smith widmete diesem Phänomen mit seiner ‚Theorie der ethischen Gefühle’ ein ganzes Werk. Hannah Arendt beschreibt diese (Glücks-)Erfahrung als Schatz der Revolutionäre, im Vorwort von ‚Zwischen Vergangenheit und Zukunft’. Nach Arendt (2002, S. 61) ist die Perfektionierung der Arbeit im Wesentlichen der „Beziehung zwischen öffentlicher Leistung und Vortrefflichkeit“ geschuldet. Was immer sich unter den Augen der Öffentlichkeit vollzieht, wachse und gedeihe wegen des menschlichen Strebens nach Vortrefflichkeit.

[64] Weiske 2003, S. 24.

[65] Hassenpflug 2002, S. 308.

Das Verschwinden des Politischen aus der ökonomischen/sozialen Realität reflektiert die Weltlosigkeit des modernen Massenmenschen, die Hannah Arendt sinnfällig mit folgenden Worten zum Ausdruck bringt: „Die Situation ähnelt in ihrer Unheimlichkeit einer spiritistischen Séance, bei der eine um einen Tisch versammelte Anzahl von Menschen plötzlich durch irgendeinen Trick den Tisch aus ihrer Mitte verschwinden sieht, so dass nun zwei sich gegenüber sitzende Personen durch nichts mehr getrennt, aber auch durch nichts greifbares mehr verbunden sind."[66] Verloren ist das (an)fühlbare Eingebundensein in eine allen gemeinsame Welt und damit auch der Hang, diese zu gestalten, ebenso wie das Bewusstsein, sie gestalten zu können. In dem Maße, wie die Verdrängung des öffentlichen Raumes durch das Gesellschaftliche fortschreitet, ist der moderne Massenmensch auf sich selbst zurückgeworfen, d.h. ein „Verlassener".[67]

Nun stellt sich die Frage, wo überhaupt noch bzw. wie in der Stadt der Gegenwart ein öffentlicher Raum entsteht und ggf. was diesen trägt. Dafür ist es notwendig, sich – nach erfolgter Begriffsklärung – der Bedeutung politischen Handelns zuzuwenden. Es gilt, den Kern dieses menschlichen Vermögens zu bestimmen und damit seine Bedeutung für die Menschheit überhaupt sichtbar zu machen. Am ausgewählten Beispiel des Hamburger *Park Fiction Parks* lässt sich die positive Kraft kollektiven Handelns, Urteilens und Entscheidens für das Gemeinwesen – also auch „die lächelnden Augen der Stadt" – gut nachvollziehen, wobei gleichsam das Problem der institutionellen Einschränkung in der Wahldemokratie, wie auch die Bedeutung der res publica unmittelbar ersichtlich wird. Es soll jedoch ebenso deutlich werden, dass der Mensch als Denkender und Handelnder im Augenblick den historisch-zeitlichen Ablauf zu durchbrechen und Geschichte zu schreiben vermag.[68]

---

[66] Arendt 2002, S. 66.
[67] Vgl. Arendt 1996, S. 69 f.
[68] Vgl. hierzu die erweiterte Interpretation Marcharts zu Arendts Modell der ‚Lücke zwischen Vergangenheit und Zukunft'. Marchart 2005, S. 45-59.

6. Die Macht des politischen Handelns: „Wünsche verlassen die Wohnungen“

„Öffentlichkeit“ ist kein statisches Moment. Es gibt nicht *die* Öffentlichkeit als solches, wie es die terminologische Fassung dieses Phänomens suggerieren mag. „Öffentlichkeit“ erscheint im Augenblick des Handelns. Sie ist gewissermaßen Ausdruck einer Initiative, deren Funke vom Anfangenden auf andere überspringt und so einen Raum „politischen Handelns“ begründet. Öffentlichkeit verschwindet entsprechend genau in jenem Moment, da das Handeln zum Erliegen kommt. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Straßenprotest. Die Straße wird dort, für einen Augenblick, zu einem politischen Ort, zu einem Forum von Öffentlichkeit, wo Menschen sich auf ihr versammeln, um ihr Anliegen/Thema zu demonstrieren, d.h. gemeinsam zu handeln. Die Demonstration ist der Kampf um die öffentliche Wahrnehmung eines Anliegens, das bis zum Zeitpunkt des gemeinsamen Auftretens kein Gegenstand öffentlicher Wahrnehmung war. Insofern verweisen die Akteure, als Gegenöffentlichkeit, mit Protest und Kritik auf die politische Exklusion ihres Anliegens.[69]

„Öffentlicher Raum“ erhält sein Gesicht durch das Handeln eines jeden Einzelnen in der Vielheit der Versammelten bzw. Beteiligten, also aus der Anwesenheit unterschiedlichster Perspektiven und Sichtweisen. Er bietet die „Freiheit“, eine gemeinsame Idee oder ein gemeinsames Anliegen in Übereinstimmung mit dem Willen der Anderen umzusetzen.

Jeder Mensch, der in die „Welt“ geboren wird, vermag als ein zum Handeln Begabter einen Anfang zu setzen.[70] Allerdings müssen zu jedem Neuanfang, damit er nicht ins Leere läuft, Andere hinzukommen, die das Neubegonnene mittragen und weiterführen. Aus genau diesem Grund ist das konstitutive Element allen politischen Handelns die Vielheit.[71] Die „aktiven sozialen Beziehungen“ einer Gruppe bzw. Gegenöffentlichkeit sind der Träger ihrer Handlungsmacht.[72]

---

[69] Vgl. Weiske 2003, S. 23. Vgl. ferner Keim 1998, S.155.
[70] Vgl. Arendt 1994, S. 215.
[71] Vgl. Marchart 2005, S. 78.
[72] Weiske 2003, S. 25.

Ein Beispiel für die Kraft des kollektiven Handelns auf der Basis eines gemeinsamen Anliegens und die Entstehung einer Gegenöffentlichkeit sowie eines „öffentlichen Raumes“ soll hier nun eine Stadtteilinitiative aus St. Pauli liefern: der Park Fiction Park.[73]

Die Stadtteilinitiative formierte sich 1994, als die letzte Freifläche des am höchsten verdichteten und (neben Dulsberg) ärmsten Stadtteils Hamburgs, der überdies von enormer Verkehrs- und Lärmbelästigung durch Tourismus und Hafenbetrieben betroffen ist, zugebaut werden sollte. Ganz anders als damals von der Stadtplanung vorgesehen waren die Bedürfnisse von den Stadtteilbewohnern, lokalen Akteuren und ansässigen Gewerbetreibenden: Sie wollten einen Park. Es begann ein jahrelanger Kampf des Bündnisses mit den zuständigen Behörden, bis, nach 10 Jahren, im August 2005 der Park Fiction Park eröffnet wurde. Das Projekt entwuchs einem kreativen öffentlichen Planungsprozess im Stadtteil.

Leitidee war die „Aneignung der Stadt durch ihre Bewohner“ und tatsächlich ist genau dies vor Ort geschehen. Nachdem die ersten zwei Jahre ergebnislosen Verhandelns mit der etablierten Politik über die Freifläche in einer von Hamburgs begehrtesten Lagen, dem Hafenrand, vergangen waren, wurde die umstrittene Fläche von den politisch handelnden Akteuren kurzerhand in Besitz genommen. Eine Aktivistin berichtete: „Ein leuchtendes ‚Park’-Schild, das dem bunten Neonflair St. Paulis entsprach, wurde aufgestellt. Eine wilde Mischung aus NachbarInnen säuberte die Fläche, sammelte dreieinhalb Tonnen Müll, pflanzte Blumen und baute Bänke und einen großen Grill. Das Baumaterial spendete ein örtlicher Unternehmer, und ein sympathisierender Förster organisierte sogar einen Kletterbaum aus dem Wald als Spielgerät für das Gelände.“[74] 1997, im Jahr der Hamburger Bürgerschaftswahlen, heizte sich die Stimmung im Stadtteil angesichts der Schließung des lokalen Krankenhauses derart auf, dass zahlreiche und vielschichtige Protestaktionen und Demonstrationen regionale und überregionale öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen und der Senat mit der Einrichtung eines „Runden Tisches“ unter Regie des Stadtentwicklungssenators

[73] Zur ausführlicheren Lektüre dieser spannenden Geschichte empfiehlt sich Stövesand 2005, http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/projekte/hamburg/parc_fiction.htm, [Zugriff 19.12.2005].
[74] Ebd.

reagierte. Eines der dort ausgehandelten Zugeständnisse an die St. Paulianer war der Park.

Der Planungsprozess unter dem Motto „Wünsche verlassen die Wohnungen und gehen auf die Straße“ wurde angeschoben. Die Stadtteilinitiative begann zunächst damit, Wünsche zu sammeln. Mit Veranstaltungen, Hausbesuchen, der Aufstellung eines Planungscontainers vor Ort und Besuchen von sozialen Einrichtungen – vom Kindergarten bis zur Altentagesstätte – wurde ein bunter Ideenstrauß aus Zeichnungen, Modellen, Interviews und Fragebögen zusammengetragen. Eine Akteurin resümiert: „[...] wir [mussten] feststellen, dass das Wünschen vielen, besonders Erwachsenen, abhanden gekommen ist. Die Ideen waren häufig sehr allgemein (z.B. Blumen, Wiese, Wasser, Entspannung) und die Erfahrung, selbst zu gestalten, war ungewohnt. Meistens brauchte das etwas Anwärmzeit. Wir fragten nach Plätzen [...], an denen sich die Leute gerne aufhalten, nach Urlaubserfahrungen [...], nach Erinnerungen an Orte der Heimatstädte [...] oder nach Landschaftsdarstellungen auf Fotos und Gemälden in der betreffenden Wohnung. Das Infomaterial gab es auf Deutsch und Türkisch, Hausbesuche wurden zum Teil von türkischsprachigen Honorarkräften, die selbst aus dem Stadtteil stammten, durchgeführt. Manche BewohnerInnen wollten nicht glauben, dass ihre Meinung gefragt ist. Einige machten erst gar nicht die Haustür auf. Dennoch kamen nach und nach phantastische Ideen zusammen.“[75]

Auf mehreren gut besuchten Stadtteilversammlungen wurden diese Ideen vorgestellt, kontrovers diskutiert, weiterentwickelt und am Ende demokratisch zur Abstimmung gebracht. Mit Fachleuten bis zur Baubarkeit weiterentwickelt, entstand Park Fiction, ein Park, der inselartig aufgebaut, auf voneinander abgegrenzten Flächen den z.T. divergierenden Wünschen wie Ruhe, Geselligkeit, Bewegung oder „der Hundefrage“ gerecht wird. Alle Anwohner wurden über den Prozess und seine Ergebnisse via Hauswurfsendung informiert.

[75] Das Material umfasst 200 ausführliche Hausbesuchsinterviews, 300 ausgefüllte Fragebögen, 1000 Kurzinterviews in und rund um den Planungscontainer, 50 ausgefüllte Parkpläne, 100 Zeichnungen, 50 Detailmodelle, Erkenntnisse aus 10 Gruppenbesuchen und Videofilme über Parkwünsche, an denen sich 50 Leute beteiligten. Ebd.

Erst im Jahre 2002, nach 5 Jahren langwieriger Verhandlungen mit sieben städtischen Behörden und zwei Bezirksämtern wurde durch einen Kunstgriff der Aktivisten – der Dokumenta11-Teilnahme – das ungewöhnliche Projekt zum Bau freigegeben. Realisiert wurden die ‚Palmeninsel', der ‚fliegende Teppich', das ‚neue Tulpenfeld' (eine Anspielung auf die Tulpenzeit in der Türkei), der ‚Hundegarten' mit Zuschauertribüne und pudelförmiger Buchsbaumhecke, das ‚Open Air Solarium', von Anwohnern bearbeitete Nachbarschaftsbeete, die ‚Boule Insel' „Abolition du traivail aliéné", das ‚Grüntheater' aus Natursteinterrassen, öffentliche Kräuterbeete und der „Bambushain des bescheidenen Politikers".[76]

Bislang ohne Erfolg kämpft das Projekt gegen die Blockade des Bau-Ausschusses Hamburg Mitte, um den Bau des so genannten ‚Wolkenbügels'[77], einer Plastik, die symbolisch an die „utopischen Entwürfe" der kollektiven Planer anknüpft und in deren Innerem ein Archiv die unzähligen Entwürfe der Beteiligten beherbergen soll. Idee dahinter ist es, der Öffentlichkeit den Projektprozess und die Geschichte von Park Fiction zugänglich zu machen.[78] Die Durchsetzung dieses zentralen Bestandteils des Projektes ist von großer Wichtigkeit. So macht etwa Hannah Arendt darauf aufmerksam, dass politische Handlungen und Taten – eben z.B. die Geschichte einer kollektiven Aneignung von Stadt wie sie in St. Pauli geschah – in die Dingwelt eingehen müssen, um fortbestehen und erinnert werden zu können. Verse, Bücher, Denk- oder Mahnmale als verdinglichte Medien von Geschichte sind erforderlich, um die Erinnerung an Prozesse gemeinsamen Handelns und ihre Kraft, Welt zu verändern, am Leben zu halten.[79]

Im jahrelangen Realisierungskampf profitierte das Projekt Park Fiction von bestehenden Stadtteilnetzwerken[80] und einer langen Geschichte von Protest und Selbstorganisation in St. Pauli.[81] Aktivisten gingen verloren, jedoch gelang es immer auch, neue hinzu zu

---

[76] Ebd.
[77] Die Realisierung wurde von der Hamburger Kunstkommission empfohlen. Die Finanzierung ist durch die Förderung aus dem Etat ‚Kunst im öffentlichen Raum' bereits abgesichert. Ebd.
[78] Vgl. ebd.
[79] Vgl. Marchart 2005, S. 85.
[80] Bspw. dem ‚Hafenrandverein für selbstbestimmtes Leben und Wohnen in St. Pauli e.V.' und der ‚GemeinWesenArbeit St. Pauli-Süd' (GWA).
[81] Vgl. Stövesand 2005, http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/projekte/hamburg/parc_fiction.htm, [Zugriff 19.12.2005].

gewinnen.[82] Endet das kollektive Handeln um und für die gemeinsame Angelegenheit, d.h. der Kampf gegen Gentrifizierung[83], das Vergessen sowie die „Reklamation von Autorenschaft und Definitionsmacht durch beteiligte Künstler“[84] wird auch dieser öffentliche Raum in St. Pauli zum bloßen Artefakt einer Stadt zum Anschauen und Betreten. Er verliert dann seine Kohäsionskraft als eines zwischen Menschen vermittelnden Moments.

Im Handeln, als der Möglichkeit des Anfangen-Könnens resp. des Neu-Beginnens, liegt das Potential „einer anderen Welt“[85]. Wobei das dem Wort Beginn beigefügte „Neu“ anzeigt, dass sich Handeln immer auf etwas Existentes bezieht und zwar in dem Sinne, dass es auf dessen Auflösung bzw. Zerstörung gerichtet ist, um Platz für ein anderes Anliegen – eben das Neue – zu schaffen.[86] Das Wort „Beginn“ sagt außerdem nichts darüber aus, *was* eigentlich begonnen wird. Das Prinzip der Natalität auf Welt übertragen, d.h. politisch gedacht, erhält seinen Glanz durch die in Permanenz existierende Möglichkeit, die die Menschen verbindende Welt zu ändern und zwar nicht auf eine spezifisch vorher festgelegte Sache hin. Vergegenwärtigt man sich die Geschichte von Park Fiction, so findet sich hier ein glänzendes Beispiel für die Kraft des Handelns und die Veränderung des Bestehenden.

7. Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurden zentrale Elemente von Demokratie erörtert und hinsichtlich ihres fundamentalen Zusammenhangs reflektiert. Wir können festhalten, dass politisches Handeln, Urteilen und Entscheiden nicht ohne res publica auskommt und dass diese Elemente wiederum konstitutive Bedingungen von öffentlichem Raum sind.

---

[82] Vgl. ebd.
[83] Beklagt werden die Ausdehnung der umliegenden Gastronomie auf die öffentlichen Flächen im Park, patrouillierende private Security-Dienste und eine erhöhte Polizeipräsenz. Vgl. ebd.
[84] Ebd.
[85] Postulat des Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre: „Eine andere Welt ist möglich“, hier von Marchard (2005) im Arendt’schen Sinne interpretiert.
[86] Vgl. Marchart 2005, S. 78 f.

Mit den Ausführungen zu öffentlichen Orten und Plätzen der Stadt lässt sich verstehen, dass öffentlicher Raum an die öffentliche Wahrnehmung gebunden ist. Ein Anliegen muss sich vor den Augen der Öffentlichkeit zeigen und braucht dafür entsprechend immer auch ein Medium. Sei es die Straße, die Presse oder die elektronischen Medien, das Werben für das eigene Anliegen bedarf der Wahrnehmung der Öffentlichkeit, um erstens Mitstreiter zu gewinnen und sich zweitens, der Möglichkeit nach, in die bestehenden Strukturen der Gesellschaft einbinden zu können, wofür letztlich die Toleranz oder Ablehnung der sozialen Akteure den Ausschlag gibt; auf alle Fälle aber, um überhaupt am politischen Diskurs teilnehmen zu können und also Zugang zum „politischen Feld“ zu finden.

Öffentlicher Raum entsteht erst durch das politische Handeln der Akteure auf Basis der gemeinsamen Angelegenheit. Deswegen ist eine Straße oder ein öffentlich nutzbarer Platz nicht schon gleich ein öffentlicher Raum. Sie werden erst zu einem Forum, wenn die Akteure sie nutzen, um ihr politisches Anliegen kund zu tun oder sofern sie als öffentliche Angelegenheit selbst zum Gegenstand kontroverser Diskussion, Beratung und gemeinsamer Entscheidung werden. Befinden sich Plätze und Flächen in Privatbesitz kann weder in der einen noch in der anderen Weise ein öffentlicher Raum entstehen.

Nur dort, wo die Möglichkeit besteht, sich politisch zu verhalten, ist das Sein ein selbst bestimmtes und damit freies. Eine Gesellschaft, in der es viel Privatbesitz und wenig gemeinsame Angelegenheiten und Dinge gibt, bietet Freiheit entsprechend wenig Raum.

Ein Grundcharakteristikum des Handelns ist, dass es kein vorweg planbares Resultat besitzt. Es ist offen und – im Sinne der aristotelischen Idee, des zóon politikón – eine Gabe des Menschen; eine transzendente Einladung und Aufforderung an die Gemeinschaft, sich als Öffentlichkeit zu konstituieren und über den Rahmen bzw. die Bedingungen des miteinander Lebens in einer allen gemeinsamen Welt zu beraten und zu befinden.[87]

[87] Vgl. hierzu Arendt 1994, S. 224.

Es gibt keine Garantie dafür, dass Prozesse kollektiven Handelns per se demokratisch verlaufen. Neben dem zentralen Problem der Machtkonzentration, welches sich aus der (notwendigen) Institutionalisierung „politischen Kapitals“ sowie der Wirkung des „politischen Feldes“[88] ergibt, lassen sich eine Reihe weiterer Gefahren für die Demokratie ausmachen. Bspw. kann nicht behauptet werden, dass grundsätzlich alle Personen gleichermaßen befähigt sind, ihr Anliegen in einen politischen Diskurs zu überführen, wie auch eine gemeinschaftlich lancierte Exklusion nicht ausgeschlossen werden kann.[89] Nichtsdestotrotz ist das kollektive Handeln der einzige Weg zum demokratischen Gemeinwesen.

Insofern ist es geboten, dass eine kritische Wissenschaft der Gemeinschaft geeignete Techniken und Instrumentarien für den Umgang mit Problemen, wie Machtmissbrauch etc., an die Hand zu geben. Bourdieu etwa fordert ferner zur politischen Intervention der Intellektuellen im Namen der „Wahrheit“ auf, die seiner Ansicht nach nie Gegenstand des „politischen Feldes“ sein könne.[90] Auch der kritische Umgang mit den Medien als dem wirkungsmächtigsten Informationsträger ist erforderlich, denn nicht allein die politischen Institutionen wirken auf die Homogenisierung politischer Diskurse hin.[91]

Dies sind nur einige von vielen Faktoren, die uns den prozessualen Charakter von Demokratie erinnern lassen. Wir müssen verinnerlichen, dass Demokratie immer ein Projekt der menschlichen Gemeinschaft ist, niemals aber allein als organisatorisches Gerüst installiert und gewährleistet werden kann.

Immer dort, wo das politische Handeln endet, beginnt das „Sich-Verhalten“ und Verwalten. Prozesse, die in und durch Freiheit entstanden sind, automatisieren bzw. bürokratisieren sich dann. Der Zustand der modernen Gesellschaften lässt diese Tendenzen offen zu Tage treten. Gesellschaften sind immer heterogen und beherbergen mannigfaltige Sichtweisen auf und Deutungsmuster von Welt. Die

[88] Vgl. Bourdieu 2001, S. 69 ff, 105 ff und 116 ff.
[89] Vgl. Bourdieu 1987, S. 654 ff. Lehrreich ist hier vor allem die Kritik aus der Praxis. Vgl. dazu Stövesand 2002.
[90] Vgl. Bourdieu 2001, S. 56 und 136 ff. Ausführlicher u.a. in Bourdieu 1998.
[91] Vgl. Derrida 1992, S. 81-97.

demokratische Gesellschaft muss diese Pluralität in ihren politischen Diskursen spiegeln, um am Ende zu demokratischen Entscheidungen gelangen zu können.

Politisches Handeln hat gegenüber allen Konstruktionen und Konzepten, mit denen ein geistiger „Überbau“ inner- und übergesellschaftliche Probleme und Konflikte zu lösen beansprucht, nicht zuletzt den Vorteil, dass es schlichtweg nicht „auf die Lösung von Problemen [abstellt] sondern darauf, mit ihnen zu leben“.[92] Mit anderen Worten: Politisches Handeln zielt nicht auf die Einebnung der (Meinungs-)Differenzen und damit der Pluralität zugunsten eines volonté generale, sondern darauf, das Notwendige zu entscheiden.

Summa summarum erlaubt es die vorliegende Arbeit, erneut Kritik an den liberalen Gesellschaftsverfassungen, d.h. an der Ermangelung demokratisch-partizipativer Praxisformen zu üben. Der tief in der liberalen Demokratieauffassung verwurzelten Skepsis gegenüber den politischen Kompetenzen des Volkssouveräns ist entgegenzuhalten, dass das politische Handeln der Vielen – obgleich es immer ein Wagnis darstellt, weil es keine Kontinuität kennt und entsprechend keinen vorab berechenbaren Schemata folgt –, *Bedingung* der Möglichkeit von Demokratie ist.

Das Beispiel Park Fiction zeigt, wie kollektives Handeln erfolgen kann, welche Kräfte ihm innewohnen und wie (anders) Stadtgestalt entstehen kann. Insofern ordnet es sich in den Kontext der gesamten Arbeit und diente der Exemplifizierung. In Zeiten der Herrschaft des ökonomischen/sozialen Diskurses sind jedoch Partizipations- bzw. Beteiligungskonzeptionen – gleich welcher Art – kritisch auf Macht- und Herrschaft stützende Implikationen hin zu untersuchen. Eine kritische Betrachtung, für welche gemeinschaftlichen Bereiche politische Beteiligung aktuell wie in der Vergangenheit administrativ bewilligt wird resp. vorgesehen ist, steht also noch aus und soll in der folgenden Arbeit geleistet werden. Doch bereits an dieser Stelle lässt sich konstatieren, dass eine gegen den herrschenden politischen Diskurs gerichtete Forderung nach Demokratie nur ein allumfassendes, perspektivisch weltbürgerliches Gemeinwesen zu ihrem Gegenstand haben kann.

---

[92] Arendt 1994, S 12.

Literatur

Ahlers, Rainer (2005): Renaissance der Großstadt, 1. Lernwerkstattarbeit aus dem 2. Lehrgang im Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien, Department Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg.

Arendt, Hannah (1996): Ich will verstehen, München.

Arendt, Hannah (2002): Vita activa, München.

Arendt, Hannah (1994): Zwischen Vergangenheit und Zukunft, München.

Barber, Benjamin (1994): Starke Demokratie, Hamburg.

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, (2005): Business Improvement Districts, http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/stadtentwicklung-umwelt/stadtplanung/bid/workshop/broschuere-start.html, [Zugriff 20.02.2006].

Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld, Konstanz.

Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre (1998): Vom Gebrauch der Wissenschaft, Konstanz.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (10/2002): Forschungsvorhaben „Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum“, Bonn, Download der Kurzfassung unter http://www.bbr.bund.de/cln_005/nn_21888/DE/Forschungsprogramme/ExperimentellerWohnungsStaedtebau/Forschungsfelder/OeffentlicherRaum/DL__WPKurzfassung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/DL_WPKurzfassung.pdf [Stand: 08.02.2007]

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2003a): Öffentlicher Raum und Stadtgestalt, Heft 1/2.2003, Bonn.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2003b): Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum, Heft 2/2003, Bonn.

Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter, Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Bd. 1, Opladen.

Derrida, Jaques (1992): Die vertagte Demokratie. In: **Derrida**, Jaques (1992): Das andere Kap, Frankfurt/M.

Detjen, Joachim (2000): Die Demokratiekompetenz der Bürger. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 25/2000, Bonn.

Dettmann, Marlene-Anne (2006): Die Hamburger Wohnungsbaupolitik – Familiengerechtes Wohnen und Konversionsflächen, 2. Lernwerkstattarbeit aus dem 2. Lehrgang im Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien, Department Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg.

Dewey, John (1993): Demokratie und Erziehung, Weinheim u.a.

FHH, Freie und Hansestadt Hamburg, Staatliche Pressestelle (11.07.2002): Leitbild: ‚Metropole Hamburg – Wachsende Stadt', Hamburg.

FHH, Freie und Hansestadt Hamburg, Staatliche Pressestelle (22.07.2003): Fortschreibung Leitbild: ‚Metropole Hamburg – Wachsende Stadt', Hamburg.

Fritsch, Philippe (2001): Einführungskapitel in: Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld, Konstanz, S. 7-27.

Goldschmidt, Werner (1996): Pluralistische Gesellschaft und partizipatorische Demokratie. In: **Abel**, Günter; **Sandkühler**, Hans Jörg (Hg.) (1996): Dialektik, Pluralismus – Erkenntnistheorie, Ethik und Politik, Heft 1996/3, Hamburg, S. 135-150.

Göschel, Albrecht (2004): Stadtschrumpfung, Bedingung punktuellen Wachstums. In: **Altrock**, Uwe; **Schubert**, Dirk (Hg.): Wachsende Stadt: Leitbild – Utopie – Vision?, Wiesbaden, S. 239-249.

Habermann-Nieße, Klaus; **Selle**, Klaus (2003): Qualitätsbestimmung. In: wohnbund informationen, Mitgliederzeitung des wohnbund e.V., Heft 3/2003, München, S. 2-6. http://www.wohnbund.de/wohnbund-infos/wohnbund-info_03_2003.pdf [Zugriff 06.02.2007]

Hassenpflug, Dieter (2000): Citytainment oder die Zukunft des öffentlichen Raums. In: **Matejovski**, Dirk (Hg.): Metropolen. Laboratorien der Moderne, Frankfurt/M., New York.

Haus, Michael (2005): Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Städtepolitik, Heft 3/2005, Bonn, S. 25-31.

Häußermann, Hartmut; Wurtzbacher, Jens (2005): Die Gemeinde als Ort politischer Integration. In: **Heitmeyer**, Wilhelm; **Imbusch**, Peter (Hg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden.

Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der sozialen Stadt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 10-11/2000, Bonn, S. 13-21.

Heitmeyer, Wilhelm; **Backes**, Otto; **Dollase**, Rainer (Hg.) (1999a): Die Krise der Städte, Frankfurt/M.

Heitmeyer, Wilhelm (1999b): Versagt die „Integrationsmaschine" Stadt? In: **Heitmeyer**, Wilhelm; **Backes**, Otto; **Dollase**, Rainer (Hg.): Die Krise der Städte, Frankfurt/M., S. 443-467.

Heitmeyer, Wilhelm (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden

Heitmeyer, Wilhelm; **Anhut**, Reimund (Hg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaften, Weinheim/München.

Herlyn, Ufert (2004): Zum Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre – Anmerkungen zur Urbanitätstheorie von H. P. Bahrdt. In: **Siebel**, Walter (Hg.):‚Die europäische Stadt', Frankfurt/M., S. 121-130.

Hillen, Sebastian (2006): Lokalökonomie – Definitionen, Abgrenzungen und Potentiale, 2. Lernwerkstatt-Arbeit aus dem 2. Lehrgang im Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien, Department Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg.

Horkheimer, Max, (1940): Autoritärer Staat. In: ders. (1987): Gesammelte Schriften, 1987, Bd. 5, Frankfurt/M., S. 293-319.

Kaltenbrunner, Robert (2003): Splendit Isolation. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Öffentlicher Raum und Stadtgestalt: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2.2003, Bonn, S. 27-37.

Krause, Thorsten (2006): Regionale Handlungsfähigkeit jenseits von Angebotspolitik, 2. Lernwerkstatt-Arbeit aus dem 2. Lehrgang im Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien, Department Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg.

Kuklinski, Oliver (2003): Öffentlicher Raum – Ausgangslagen und Tendenzen in der kommunalen Praxis. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Öffentlicher Raum und Stadtgestalt, Heft 1/2.2003, Bonn, S. 39-46.

Lambrecht, Lars; **Tjaden**, Karl Hermann; **Tjaden-Steinhauer**, Margarete (1998): Gesellschaft von Olduvai bis Uruk, Kassel.

Linke, Bernhard (2006): Politik und Inszenierung in der Römischen Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Inszenierte Politik, Bonn, Heft 7/2006, S. 33-38.

Marchart, Oliver (2005): Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung, Wien.

Peters, Florian (2006): Non-Profit-Organisationen im Kampf um Hegemonie?, 2. Lernwerkstatt-Arbeit aus dem 2. Lehrgang im Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien, Department für Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg.

Rebaschus, Matthias (2005): Domplatz: Senat will Bezirk ausschalten. In: Hamburger Abendblatt vom 20.12.2005.

Reimer, Romy (2005): Diskurs über die Kriterien einer europäischen Identität, Bachelor-Abschlussarbeit aus dem sozialökonomischen Studiengang, Department Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg.

Sandkühler, Hans Jörg (1996): Pluralismus. In: **Abel**, Günter; **Sandkühler**, Hans Jörg (Hg.) (1996): Dialektik, Pluralismus – Erkenntnistheorie, Ethik und Politik, Heft 1996/3, Hamburg, S. 23-48.

Schäfers, Bernhard (2003): Ansprüche der demokratisch verfassten Gesellschaft an den öffentlichen Raum. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Öffentlicher Raum und Stadtgestalt: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/2.2003, Bonn, S. 15-20.

Selle, Klaus (2004): Öffentliche Räume in der europäischen Stadt – Verfall und Ende oder Wandel und Belebung? Reden und Gegenreden. In: **Siebel**, Walter (Hg.): Die europäische Stadt, Frankfurt/M., S. 131-145.

Sennett, Richard (1983): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens, Frankfurt/M.

Simmel, Georg (1903): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Th. Petermann (1903): Jahrbuch der Gehe-Stiftung Dresden, Band 9, Dresden, S.185-206.

Stövesand, Sabine (2002): Gemeinwesenarbeit = Quartiersentwicklung? – oder: Von der Nachbarschaft als Hausfrau der neoliberalen Umstrukturierung im Quartier. In: Standpunkt: Sozial, 01/2002, Hamburg, S. 75-77.

Stövesand, Sabine (2005): Aneignung städtischer Räume: Park Fiction – Ein persönlicher Bericht, Hamburg, http://www.stadtteilarbeit.de/index.html?/Seiten/Projekte/hamburg/park_fiction.htm [Zugriff 06.02.2007]

Taylor, Charles (2002): Wieviel Gemeinschaft braucht Demokratie?, Frankfurt/M.

Tomberg, Friedrich (1973): Polis und Nationalstaat, Ulm.

Weiske, Christine (2003): Städtische Öffentlichkeiten – ihre Akteure und ihre Räume. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Öffentlicher Raum und Stadtgestalt, Heft 1/2.2003, Bonn, S. 21-26.

Wohnbund e.V. (2003): wohnbund-informationen, Öffentlich nutzbare Räume im Quartier, Heft 3/2003, München.

Zerilli, Linda (2006): Einsicht in die Perspektive. Nach dem Ende aller Maßstäbe: Hannah Arendts Überlegungen zur demokratischen Urteilskraft sind von ungebrochener Aktualität. In: Frankfurter Rundschau 07.01.2006.